

**Behörden Spiegel:** Welche Probleme und Perspektiven ergeben sich für die kommunalen Unternehmen im Jahr 2023?

**Liebing:** Nach dem Krisen-Jahr 2022 blicken wir trotz unverändert großer Herausforderungen insgesamt optimistischer auf die kommenden zwölf Monate. Dabei wird viel davon abhängen, wie sich der Krieg in der Ukraine entwickelt. National war und ist die Umsetzung der Energiepreisbremsen-Gesetze mit erheblichen Kraftanstrengungen vor Ort verbunden. Die Versorgungssicherheit und für unsere Kunden tragfähige Preise haben für Stadtwerke und kommunale Energieversorger weiterhin oberste Priorität. Zentrales Thema bleibt daher die Krisenvorsorge, ohne – und das ist natürlich auch ein Dilemma – die Energiewende zu vernachlässigen.

Langfristig ist für die Reduzierung der Energieimporte der beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren Energien zentral. Jede Kilowattstunde, die wir zum Beispiel aus Sonne und Wind gewinnen können, muss nicht importiert werden und schützt gleichzeitig das Klima. Deutschland wird jedoch auch bei einer klimaneutralen Energieversorgung Teil des globalen Energiemarktes bleiben.

**Behörden Spiegel:** Wie ist die Lage bei den Stadtwerken?

**Liebing:** Für die Stadtwerke bedeuten Dezemberabschlag und Preisbremsen einen ganz erheblichen Aufwand, denn die Zahlungsläufe aller Kundinnen und Kunden müssen angepasst

*“Langfristig ist für die Reduzierung der Energieimporte der beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren Energien zentral.”*

werden. Auch nach der Umsetzung der Dezemberhilfe bleibt den Stadtwerken und kommunalen Energieversorgern keine Verschnaufpause. Eine Abfrage ergab kürzlich, dass der Informationsbedarf bei Verbraucherinnen und Verbrauchern weiterhin extrem groß und die Anzahl an Anrufen und E-Mails, die bei den Kundencentern eingehen, sehr hoch ist. Im Fokus der Fragen stehen nun die Starts der Gas- und Wärmepreisbremse sowie Strompreisbremse. Dieser Aufwand stellt eine ganz erhebliche Belastung für die Unternehmen dar.

**(BS) Die kommunalen Unternehmen in Deutschland sind in diesem Winter mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert, insbesondere im Bereich der Energieversorgung. Ingbert Liebing, Hauptgeschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU), erläutert die bevorstehenden Herausforderungen der Versorgungslage, macht auf die notwendigen Voraussetzungen für den erfolgreichen Ausbau der Erneuerbaren Energien aufmerksam und betont die Eigenverantwortung der Bevölkerung bei der effizienten Energieeinsparung. Die Fragen stellte Marlies Vossebrecker.**



Der Hauptgeschäftsführer des VKU, Ingbert Liebing, gibt eine Einschätzung zur aktuellen Situation bei den kommunalen Unternehmen.

Foto: BS/VKU, Chaperon

**Behörden Spiegel:** Ist aufgrund des Mehrbedarfs an Energie durch die ukrainischen Flüchtlinge Winter mit einer Verschärfung der Versorgungsproblematik zu rechnen?

**Liebing:** Die kommunalen Unternehmen stehen solidarisch an der Seite des ukrainischen Volkes und werden nach Kräften

**Behörden Spiegel:** Was muss aus Sicht der kommunalen Unternehmen geschehen, damit der Umstieg auf Erneuerbare Energien schnell gelingen kann?

**Liebing:** Die Klimakrise mit ihren zunehmenden Wetterextremen ist real, die Energiewende ist und bleibt daher das zentrale Thema. Nicht nur aus Klimaschutzgründen, sondern auch aus Gründen der Resilienz und der Unabhängigkeit von Autokratien müssen wir uns dabei diversifizierter und robuster aufstellen. Außerdem – das wissen wir gerade als kommunale Unternehmen – müssen wir stets die Gesamtversorgung und lebenswerte Umstände für die Bevölkerung im Blick behalten, also auch auf eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft und auf den schonenden Umgang mit der Natur und der Ressource Wasser achten.

**Behörden Spiegel:** Welche politischen Vorgaben sind hier erforderlich?

**Liebing:** Die politischen Rahmenbedingungen müssen so

gesetzt werden, dass der Ausbau Erneuerbaren Energien, der Aus- und Umbau der Netze, die Wärmewende, die Nutzung klimaneutraler Gase und die Steigerung der Energieeffizienz schnellstmöglich vorankommen. Die Ampelkoalition muss ihr Versprechen einlösen, die Verfahrens- und Genehmigungs-dauer zu halbieren. Hier muss es zu konkreten Vereinfachungen kommen. Das beinhaltet auch schwierige Diskussionen in Bezug auf örtliche Interessen, aber wir müssen sie führen. Solche

*“Für die Stadtwerke bedeuten Dezemberabschlag und Preisbremsen einen ganz erheblichen Aufwand.”*

Projekte immer nur aus der Perspektive und dem individuellen Interesse des Anlegers anzugehen, wird nicht mehr funktionieren, wenn die Energiewende erfolgreich sein soll.

**Behörden Spiegel:** Welche Komponenten sind noch wichtig für den Ausbau der Erneuerbaren Energien?

**Liebing:** Die politischen Rahmenbedingungen müssen so

**Liebing:** Besonders wichtig sind Investitionssicherheit, zum Beispiel für den Bau von EE-Anlagen, und gesicherte Kapazitäten in Form von Transformationskraftwerken, die heute noch mit Erdgas, künftig mit H2 betrieben werden. Das ist notwendig, um

*“Der geplante Ausstieg aus der Kernkraft und das Ende der Kohleverstromung machen einen erheblichen Zubau von gesicherter Leistung notwendig.”*

die volatile Stromerzeugung aus Wind und Sonne zu kompensieren und eine stabile, verlässliche Finanzierung von Zukunftsprojekten zu ermöglichen. Hier erweisen sich übrigens manche Krisenmaßnahmen als sehr gefährlich, so etwa die Erlösabschöpfung als Finanzierungsbaustein für die Strompreisbremse.

**Behörden Spiegel:** Welchen Einfluss hat der geplante Atomausstieg auf die Entwicklung der Erneuerbaren Energien?

**Liebing:** Der geplante Ausstieg aus der Kernkraft und das Ende der Kohleverstromung machen einen erheblichen Zubau von gesicherter Leistung notwendig. Dies werden sowohl H2-ready-Kraftwerke als auch H2-ready-KWK-Anlagen sein. Mit der hocheffizienten Nutzung von klimaneutralen Brennstoffen in KWK-Anlagen können gleichzeitig Beiträge für die Energiewende im Strom- sowie auch im Wär-

mesektor geleistet werden. Um den Zubau gesicherter Leistung deutlich zu fördern, bedarf es attraktiven Investitionsbedingungen und Planungssicherheit. Mit der in Aussicht gestellten Weiterentwicklung des Strommarktdesigns und der Fortentwicklung des KWK-Gesetzes können hierfür die richtigen Weichen gestellt werden.

**Behörden Spiegel:** Sehen Sie in der Wasserstoff-Industrie eine ausbaufähige Zukunftsoption?

**Liebing:** Sowohl für den Industriestandort als auch für die Sektorkopplung und Wärmewende ist natürlich der schnelle Hochlauf einer Wasserstoffwirtschaft einschließlich einer proaktiven Netzregulierung und Finanzierung des Netzausbau zwingend erforderlich. Nur auch hier gilt: nicht zu eng denken und zu viel zentral planen, sondern den erfahrenen Experten vor Ort und in den Unternehmen die Beifreiheit geben, um vor Ort funktionierende Lösungen zu entwi-

ckeln. Darin steckt zugleich ein enormes Innovationspotenzial.

**Behörden Spiegel:** Im Herbst 2022 ist der Gasverbrauch der Bevölkerung um fast 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gesunken. Sind hier ein vorsichtiger Optimismus und die Hoffnung auf Entspannung der Energieversorgungslage berechtigt?

**Liebing:** Für eine Entwarnung ist es zu früh. Auch wenn sich die Situation laut Bundesnetzagentur entspannt hat, bleibt ein sparsamer Energieverbrauch weiter wichtig. Wir als Kommunalwirtschaft unterstützen die Initiative des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz “80 Millionen gemeinsam für Energiewechsel” und freuen uns, dass diese bereits eine deutliche Wirkung zeigt. Es hat Sinn sie fortzusetzen. Als VKU werden wir bei unseren mehr als 1.500 Unternehmen der Energie-, Wasser-, Abwasser- und Abfallwirtschaft intensiv für eine Sensibilisierung der Kundinnen und Kunden und für eine Reduzierung des Energieverbrauchs durch die Steigerung der Energieeffizienz. Aktuelle Zahlen und Analysen belegen, dass Haushalte und Gewerbekunden deutlich weniger Gas verbrauchen, als dies bei den aktuellen Temperaturen und unverändertem Verhalten zu erwarten wäre. Eine Win-Win-Situation, denn wer Energie spart, schon den Geldbeutel, schützt das Klima und stärkt das Land.

## “Kommunalwald”

### Klimakrise trotzen – Funktionsvielfalt beibehalten

Starke Stürme (2017/2018), extreme Dürre (2018 bis 2020) sowie die massenhafte Vermehrung von Borkenkäfern führten zu einer sogenannten Jahrhundertkalamität. Das ist folgenreich, denn der Wald hat viele Aufgaben und Funktionen.

So wird ihm etwa in § 1 Bundeswaldgesetz neben seiner Wirtschafts- bzw. Nutzfunktion auch eine Schutz- und Erholungsfunktion zugesprochen. Die haben wir im Rahmen unserer 232. vergleichenden Prüfung “Kommunalwald” untersucht,

analysiert und ein entsprechendes Berechnungsverfahren für die geprüften Kommunen entwickelt. Im Vergleich erreichten vor allem Kommunen mit großen Kommunalwaldflächen einen hohen Punktwert. Allerdings besitzen selbst kleine Wälder in der Nähe von Ballungszentren und Regionen ohne viel Wald eine höhere Bedeutung für die Bevölkerung, als dies in zersiedelten Regionen mit viel Wald der Fall ist.

Der Wald hat aber auch eine große wirtschaftliche Bedeutung. Allein deutschlandweit bestanden 2019 entlang der Wertschöpfungskette 1,03 Millionen Arbeitsplätze. Bezogen auf eine jährliche Holzproduktionsmenge von 69 Millionen Festmetern, entspricht dies einem Arbeitsplatz je 67 Festmetern. Damit sichern rechnerisch zehn Hektar nachhaltig bewirtschafteter Kommunalwald einen Arbeitsplatz.

Die nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes wird durch die



Dr. Ulrich Keilmann

leitet die Abteilung Überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften beim Hessischen Rechnungshof in Darmstadt.

Foto: BS/privat

eingangs beschriebenen Kalamitäten dramatisch erschwert. Die wirtschaftliche Situation für Forstbetriebe wird fortlaufend schwieriger. Wir sehen allerdings sowohl einen langfristigen als auch einen kurz- bzw. mittelfristigen Lösungsansatz. Langfristig ist eine strategische Neuausrichtung der kommunalen Forstbetriebe notwendig. Dabei wird uns nur helfen, widerstandsfähigere Baumarten zu nutzen. Das alleine wird aber noch nicht reichen. Ziel sollte auch sein, konsequent die Daten des GIS (Geoinformationssystem) heranzuziehen, um verschiedene resistenter Baumarten nur in den jeweils für

sie idealen Lagen (Boden, Licht, Wasser, Luft, u. v. m.) optimiert anpflanzen zu können.

Kurz- und mittelfristig sollten die Chancen mit neuen Geschäftsfeldern genutzt werden. Das kann zum Beispiel die Erzeugung von Windenergie sein. So erzeugten die fünf Windkraftanlagen von Bad Endbach jährlich über 30 Millionen Kilowattstunden Strom und sparten über 20.000 Tonnen Kohlendioxid ein. Damit deckten sie den Stromverbrauch von mehr als 10.000 Haushalten. Die Windkraft war eine bedeutende Ertragsquelle. Die Kommune erzielte hieraus einen Jahresüberschuss in Höhe

von circa 900.000 Euro. Zum Vergleich: Aus der klassischen Forstwirtschaft nahm Bad Endbach durchschnittlich “nur” 21.000 Euro je Jahr ein.

Letzten Endes sollte klar sein: Es gab und gibt keine Blaupause vom perfekten Kommunalwald. Der Klimawandel stellt jedoch für alle waldbesitzenden Kommunen eine Herausforderung dar. Künftige Bewirtschaftungsmaßnahmen sind auf Klimastabilität und ihre Wirkung auf die Schutz- und Erholungsfunktion zu überprüfen. Daneben ergeben sich bei geeigneten Rahmenbedingungen vielfältige weitere Möglichkeiten – bis hin zur Entwicklung von Angeboten für Waldbestattungen.

Lesen Sie mehr zum Thema “Kommunalwald” im Kommunalbericht 2022, Hessischer Landtag, Drucksache 20/9410 vom 25. November 2022, S. 244 ff. Der vollständige Bericht ist kostenfrei unter [rechnungshof.hessen.de](http://rechnungshof.hessen.de) abrufbar.



Windkraftanlage im Kalamitätsgebiet Bad Endbach (Aufnahme vom 17. Oktober 2021)

Foto: BS/Keilmann